

Peter Ruben

Der DDR-Wirtschaftsreformversuch und das Jahr 1968¹

1. Vorbemerkung zum Begriff der Generation

Die in der Soziologie und in anderen Sozialwissenschaften bekannten Erwägungen zur Vorstellung dessen, was unter dem Wort Generation verstanden werden sollte, teile ich nicht. Ulrich Herrmann z.B. sagt: „In der Wissenschaft ist die Frage, was eine ‚Generation‘ ist und was sie ‚ist‘, nicht erlaubt; denn eine ‚Generation‘ ist – es sei denn, man versteht darunter, wie üblich, den *biologischen* Altersabstand von Eltern- und Kinder-Generationen – kein *factum brutum* [...].² Aber Termini wie Generation Golf, die 68er, die skeptische Generation etc. meinen tatsächlich oft nichts anderes als irgendwelche Kohorten menschlicher Individuen, manchmal mit der Dauer eines Jahres vorgestellt, manchmal einige Jahre umfassend. Ich schließe mich solchem Diskurs nicht an, sondern gehe mit Bezug auf den Generationsbegriff von einfachen, naturwissenschaftlich zu konstatierenden Voraussetzungen aus, nämlich genau von Herrmanns *factum brutum*.

Jeder Biologe wird uns sagen, dass in der Menschengattung der Generationsabstand, das ist der zeitliche Abstand der Eltern von ihren Kindern, zwischen 25 und 30 Jahren beträgt, d.h. im Mittel 27,5 Jahre umfasst. Das ist die Dauer, in der die biologische Reproduktion einer Generation im statistischen Mittel abgeschlossen ist. Angesichts der essentiellen Bedeutung der biologischen Reproduktion für alle menschliche Wirksamkeit³ ist es natürlich eine sozialtheoretisch wichtige Frage, welche bestimmten Dauern für die Feststellung historisch fixierbarer Generationen auszuwählen seien. Auf

¹ Erstveröffentlichung in *Berliner Debatte INITIAL* 5, 2008. S. 22-30

² Vgl. Ulrich Herrmann: Was ist eine „Generation“? In: www.medienfakten.de/uherrmann2/wasisteine-generation.pdf, S. 1.

³ „Das dritte Verhältnis, was ... gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung eintritt, ist das, dass die Menschen, die ihr eignes Leben täglich neu machen, anfangen, andre Menschen zu machen, sich fortzupflanzen – das Verhältnis zwischen Mann und Weib, Eltern und Kindern, die Familie“, schreiben Marx und Engels 1845 in ihrer *Deutschen Ideologie*; vgl. MEW 3, S. 29. Es gibt keinen Grund, aus diesem die geschichtliche Entwicklung von vornherein mitbestimmenden Verhältnis ein esoterisch zu deutendes Mysterium zu machen. Eine Generation kommt nicht durch „konstruktivistische“ Selbsteutung zustande, sondern durch die bare Tatsache, in bestimmter Dauer zu besonderer Zeit von ihrer Elternschaft in die Welt gesetzt worden zu sein.

diese Frage gibt m.E. überzeugend bisher nur die ökonomische Konjunkturlehre in der Fassung Joseph Schumpeters eine akzeptable Antwort. In ihr werden die in den 1920er Jahren von Nikolaj Kondratieff vorgestellten „langen Wellen“ mit einer Dauer von 40 bis 60 Jahren als internationale Wirtschaftsprozesse unterstellt. Zuerst hat Fernand Braudel in seiner Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts die Dauer eines Kondratieff-Zyklus als die Summe zweier Generationsdauern ausgesprochen.⁴

Nehmen wir den biologisch beglaubigten Generationsabstand von 27,5 Jahren auch sozialtheoretisch an, so bilden zwei Generationen zusammen genau die Dauer von 55 Jahren. Diese aber ist gerade die Zeit, die Schumpeter für den von ihm so genannten bürgerlichen Kondratieff (1843-1897) ansetzt. Ich schlage vor, diesen wirtschaftsgeschichtlich sehr gut analysierten Kondratieff-Zyklus als empirisch realisierte Standarddauer (Kondratieff-Etalon) zu betrachten und hypothetisch anzunehmen, dass Kondratieff-Zyklen die Grundschrwingungen des Weltwirtschaftssystems mit konstanter Dauer sind. Das ist natürlich eine axiomatische Annahme, die allein durch empirische Bewährung legitimiert (konfirmiert) werden kann. Das besagt, dass aus den wirtschaftsgeschichtlichen Fakten kein logischer Widerspruch gegen das unterstellte Axiom herzuleiten ist.⁵

Wird das Axiom akzeptiert, impliziert es selbstverständlich mit der zeitlichen Folge der Kondratieff-Zyklen auch die Fixierung einer Generationenfolge. Letztere ergibt sich mit dem Nacheinander der Prosperitäts- und Depressionslagen der Kondratieffs (die Prosperitätsphase, die das Arbeitskraftpotenzial ausschöpft und anspannt, umfasst die ersten 27,5 Jahre; die Depressionsphase, die durch Massenarbeitslosigkeit charakterisiert ist, die nachfolgenden 27,5 Jahre).

Für das uns interessierende Jahr 1968 versteht sich, dass die Generation betroffen ist, deren Mitglieder zwischen dem 1. Juli 1925 und dem 31. Dezember 1952 geboren wurden. Das war die Depressionsphase des – mit Schumpeter zu sprechen – ‚neomerkantilistischen‘ Kondratieff, den ich von 1898 bis einschließlich 1952 rechne und den man auch den ‚imperialistischen‘ nennen kann. Zur nachfolgenden Generation gehören alle und genau die Individuen, die zwischen dem 1. Januar 1953 und dem 30. Juni 1980 geboren wurden. Sie haben in ihren ersten Vertretern das Jahr 1968 bestenfalls im Alter von 15 Jahren erreichen können, in dem gewiss von einer kulturellen oder politischen Wirksamkeit ihrerseits noch kaum die Rede sein konnte. Redet man von „den 68ern“, sind für Westdeutschland im Wesentlichen wohl die Jahrgänge gemeint, die sich zu dieser Zeit im Studium befunden haben, d.h. die im Jahrzehnt zwischen 1940

⁴ F. Braudel: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft. Übers, v. S. Summerer u. G. Kurz. Sonderausgabe. München: Kindler 1990, S. 84.

⁵ Vgl. meine Argumentation in: P. Ruben: Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotenzial. In: www.peter-ruben.de. Erstveröffentlichung in *Berliner Debatte INITIAL* 19 (2008) 4, S.50-65.

und 1950 Geborenen. Das ist ersichtlich eine Kohorte der in der Depressionsphase zwischen dem 1. Juli 1925 und dem 31. Dezember 1952 geborenen Menschen – und zwar jene, die keine sinnlich-gegenständlichen und erinnerungsfähigen Eindrücke aus der Zeit vor dem und während des Zweiten Weltkrieges mehr gewinnen konnte.⁶

Selbstverständlich besitzen diese Zeitangaben ihre Bedeutung dadurch, dass sie determinieren, was empirische, sinnlich-gegenständliche Erfahrung und damit Urteilsbasis der Menschen unterschiedlicher Jahrgänge sein kann und was nicht. Wer sich über den Ersten Weltkrieg nur aus Büchern informieren konnte, aber den Zweiten Weltkrieg erlebte, wird über die deutsche Nachkriegsgeschichte vermutlich ein wenig anders urteilen als derjenige, der auch den Zweiten Weltkrieg nur aus Büchern zur Kenntnis nehmen konnte. Wer z.B. nur die DDR als Voraussetzung seines Daseins kennengelernt hat, wird sie anders beurteilen als derjenige, der sie auch als Folge seiner Erfahrungen begreifen konnte oder musste. Diese Zeitabhängigkeit der sinnlich-gegenständlichen Urteilsfähigkeit ist wohl unhintergebar.

2. Vom Beginn des ökonomischen Reformversuchs

Um die Bedeutung des Jahres 1968 für die DDR deutlich zu machen, möchte ich zunächst einen kurzen wirtschaftsgeschichtlichen Exkurs bieten. Das fragliche Jahr liegt in der Phase des Versuchs einer ökonomischen Reform, die nach dem Mauerbau im August 1961 zuerst in der DDR im Frühjahr 1962 avisiert worden ist. Der Wirtschaftsreformversuch währt etwa vom März 1962 bis zum April 1971. Damit umfasst er gerade die Dauer, die man in der Konjunkturlehre einen Juglar-Zyklus – mit Marx einen Krisenzyklus – nennt. Das sind in der Regel Dauern zwischen acht und zehn Jahren. Sie bilden den Zyklus, den der französische Ökonom Clement Juglar (1819-1905), wie Francois Quesnay ursprünglich Arzt, bereits 1862 in einer Publikation beschrieben hat. Daher auch der Name des Zyklus. Er umfasst den Umschlag des fixen Kapitals, den gewöhnlichen Horizont industrieller Investitionen. Schwingungstheoretisch lässt er sich als Oberschwingung zur Grundschwingung des Kondratieff deuten.

Wie Schumpeter analysiert hat, kann man auf einen Kondratieff sechs Juglars rechnen. Das hat nichts mit Zahlenmystik zu tun, sondern drückt nur die in der Physik wohlbekannte Tatsache aus, dass Oberschwingungen in ihren Frequenzen ganzzahlige Vielfache der Frequenzen einer Grundschwingung sind. Ein Juglar-Zyklus bildet den 6. Teil eines Kondratieff-Zyklus (und umfasst dann neun Jahre und zwei Monate). Andere

⁶ An dieser Stelle ist es wichtig zu notieren, dass diese zeitliche Bestimmung für die Akteure des Jahres 1968 in der CSSR nicht zutrifft. Hier war die gesamte Bevölkerung involviert, also alle zusammenlebenden Generationen.

Oberschwingungen treten im ökonomischen System ebenfalls auf, etwa der Lagerhaltungs- oder so genannte Kitchin-Zyklus mit einer Dauer von gut drei Jahren, oder der von Simon Kuznets entdeckte Bauzyklus, der ein Drittel der Kondratieffdauer umfasst. Alle diese Schwingungen lassen sich natürlich additiv zusammenfassen, so dass mit einem Mehr-Zyklen-Schema gearbeitet werden kann (Schumpeter selbst hat ein Drei-Zyklen-Schema vorgestellt). Nicht dass es in einem System Schwingungen gibt, ist ein Problem, sondern welche man auswählt.

Die Annahme des Juglar Zyklus setze ich als formelle Bedingung zur Bestimmung des DDR-Wirtschaftsreformversuchs voraus und biete nun die zugehörigen Daten: Voraus geht die Periode von 1953 bis 1961/62, die Zeit vom 17. Juni 1953 bis zum Mauerbau vom 13. August 1961.⁷ Sie ist charakterisiert als die Phase, in der die Dominanz des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, das eigentliche kommunistische Ziel, mit den Machtmitteln des kommunistischen Staates durchgesetzt wird. Sie ist mit einem enormen Bevölkerungs-Aderlass verbunden. Der Mauerbau setzt der Fluchtbewegung ein Ende und verursacht gleichzeitig Kosten, die der Hauptvertreter der dafür verantwortlichen Politik, Walter Ulbricht, sehr genau zur Kenntnis nimmt. Am 30. Oktober 1961 schreibt Ulbricht an Generalsekretär Chruschtschow, „es ist offenkundig, dass die Sicherung der DDR kostspielig ist, nicht nur für die DDR, sondern auch für die Sowjetunion und alle anderen sozialistischen Staaten“. Die politische Durchsetzung des Volks- und Genossenschaftseigentums (mit dem sogenannten „sozialistischen Frühling“ von 1960), ganz nach dem Leninschen Konzept des Primats der Politik, führt zu einer ökonomischen Lage, in welcher der Mauerbau mehr kostet, als von der DDR oder von der Sowjetunion mit Blick auf die ökonomische Konkurrenz des Westens zu bezahlen beabsichtigt gewesen ist.

In der Folge wird vom Herbst 1961 bis zum Herbst 1962 im SED-ZK die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform generell diskutiert. Im Februar 1962, das ist der abschließende Monat des alten Juglar-Zyklus, findet die letzte Reduktion des am 1. Oktober 1959 von der Volkskammer nach sowjetischem Vorbild angenommenen Siebenjahrplanes statt. Man weiß nun endgültig, dass er unerfüllbar ist. Das stellt Bruno Leuschner fest, der in den Nachkriegsjahren unbestrittene DDR-Wirtschaftsfachmann. Sehr krank, wird er durch Karl Mewis ersetzt, der mit Herbert Wehner im schwedischen Exil war. Ein Dossier zu seinem Verhör durch die schwedische Polizei, der SED-Führung zugespielt, kommt in den Besitz Ulbrichts. Dieses Dossier veranlasst Ulbricht Mewis als Planungschef abzusetzen und durch Apel zu ersetzen. Das ist die Situation

⁷ Vgl. meine Darstellung: Über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte; in: <http://www.peter-ruben.de>. Erstveröffentlichung in *Berliner Debatte INITIAL* 9 (1998) 2/3, S. 22-38.

1963 auf dem 6. Parteitag, auf dem ein Revirement des Personals erfolgt. Nicht nur Appel, sondern auch Mittag und viele andere gelangen jetzt nach vorn. Sie bilden im Unterschied zum Typus des traditionellen Parteifunktionärs à la Honecker eine technokratische Hilfspolizei um Ulbricht.

Weiter ist zu erinnern: 1958 proklamierte Chruschtschow für die Sowjetunion: In tausend Tagen werden wir die USA überholen und 1980 den Kommunismus errichtet haben! Die SED-Führung erklärte Gleiches, nämlich Westdeutschland im Lebensstandard in drei Jahren – also bis 1962 überholen zu wollen. Die DDR, ein wegen des nazi-deutschen Überfalls auf Europa sowjetisch besetztes Land, war abhängig von der UdSSR-Führung, und abhängig war so natürlich auch Ulbricht. Die deutschen Kommunisten, die in diesem Teil Deutschlands ihre politische Orientierung von 1918/19: proletarische Rätewirtschaft statt bürgerlicher Demokratie verwirklichen wollten, konnten dieses Ziel natürlich nur in Abhängigkeit vom Sieger realisieren, der Reparationen und Zulieferungen verlangte. Im Vollgefühl des eindrucksvollen Sputnikstarts hatte die sowjetische Führung im Oktober 1957 erklärt, sie baue den Kommunismus auf. Was sollte Ulbricht 1958 vor dem 5. SED-Parteitag komplementär als Perspektive der DDR erklären? Gemäß der unterstellten Ideologie verstand sich für ihn von selbst: Vollendung des „sozialistischen“ Aufbaus durch genossenschaftliche Reorganisation der Landwirtschaft. Das war für Ulbricht gleichbedeutend mit der Beseitigung der Klassengesellschaft und der Herstellung der „sozialistischen Menschengemeinschaft“, d.h. einer Gemeinschaft ohne Klassengegensatz. Er konnte die Perspektive, den Kommunismus anzusteuern, nicht proklamieren, weil sie für deutsches Bewusstsein selbstverständlich einen besseren Lebensstandard als in Westdeutschland verheißen musste. Den zu erreichen, hatte man seit 1960 und zunehmend danach – durch Bruno Leuschner – gerade als unrealisierbar erkannt.

Die heute kaum mehr verständliche Euphorie Chruschtschows, den Kommunismus erreichen zu können, war für die Sowjetunion durch den Sputnikstart begründet (in sowjetischen wie in DDR-Armeekreisen meinte man, die Westmächte in der Raketentechnik bereits überholt zu haben) sowie durch die ersten drei Ernten aus der Neulandgewinnung in Kasachstan. Im Kreis um Ulbricht nahm man speziell die gewöhnliche Juglar-Depression wahr, die 1957/58 die westdeutsche Wirtschaft beherrschte. Man hat heute den Eindruck, dass die damaligen Depressionsdaten (geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit insbesondere) im SED-Politbüro linear extrapoliert wurden, womit die Vorstellung von der Überholung in drei Jahren eine gewisse sinnliche Plausibilität erlangt haben dürfte.

Dass 1959 westdeutsche Unternehmer wieder übertarifliche Löhne zahlten (und damit eine enorme Sogwirkung auf ostdeutsche Bewerber erzielten), traf den ökonomi-

schen SED-Führungssachverständigen wie ein Donnerschlag. Und dass der „sozialistische Frühling“ in der DDR-Landwirtschaft die Fluchtbewegung wieder forcierte, zwang schließlich zur Feststellung der kommunistischen Kapitulation im offenen Wettbewerb mit der sozialen Marktwirtschaft, die im Mauerbau signiert wurde. Das induzierte den Zwang zur Wirtschaftsreform.

Als ein erster Schritt wurde im März 1962 – in diesem Monat begann der neue Juglar- Zyklus – ein Kreditersuchen an die Bundesrepublik gestellt. Die Bundesregierung bestätigte dieses Kreditersuchen zum ersten Mal formell; und Adenauer wurde zum ersten Vertreter der neuen Ostpolitik, indem er sagte, dass nunmehr eine Politik betrieben werden müsste, die auf Ruhe an der Mauer zielte. Darum wäre die Bundesrepublik bereit, Ostdeutschen Renten und Pensionen zu zahlen und außerdem den Swing-Kredit auf 280 Millionen DM zu erhöhen. Das war ein Signal, das über die Treuhandsstelle zu Ulbricht kam, der es umgehend dem UdSSR-Botschafter mitteilte.

Dann erschien am 9. September 1962 in der *Prawda* der berühmte Artikel von E. Liberman unter dem Titel: „Plan, Gewinn, Prämie“, worin erklärt wurde, der Gewinn sei das einzig vernünftige Effektivitätskriterium für die Betriebe. Dieser Artikel machte in der DDR Furore. Ulbricht akzeptierte ihn und erklärte seinem Zentralkomitee, dass die Liberman-Debatte auszuwerten wäre. Das geschah im Oktober 1962.

Ulbricht wartete noch auf das Novemberplenar der KPdSU 1962, er hoffte, dass Chruschtschow die Reform auch in der UdSSR in Bewegung setzen würde. Dies geschah aber nicht. Dennoch realisierte Ulbricht den nächsten Schritt. Am 11. Dezember 1962 erteilte das SED-Politbüro Willi Stoph, der bereits faktisch – für den erkrankten Otto Grotewohl – Ministerpräsident war, den Auftrag, eine zentrale Arbeitsgruppe zu bilden, um Grundfragen der Wirtschaftsreform zu klären. Und in einem Interview am 14. Dezember 1962 erklärte Ulbricht in Leipzig öffentlich: Bisher galt das Primat der Politik, diese Politik sei falsch, es hätte jetzt der Vorrang der Ökonomie für die weitere Zukunft zu gelten.

Wer die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert kennt, muss zugeben, dass diese Erklärung ein unerhörtes Vergehen gegen die Grundannahme des Kommunismus in seiner Leninschen Fundierung bedeutet. Sie besteht ja eben – übrigens im Gegensatz zur Marx'schen Sicht von der wesentlich ökonomischen Einrichtung des Kommunismus – darin, das Primat der Politik quasi axiomatisch zu behandeln. Da Ulbricht mit Hilfe seiner jeweiligen Bundesgenossen alle seine möglichen Führungskonkurrenten bis 1958 ausgeschlossen hat, ist niemand da, der im Namen Lenins Ulbricht zur Ordnung ruft. Obendrein ist die Wirtschaftsreform nach dem Mauerbau tief empfundenes Bedürfnis aller Akteure der Gemeinschaft wie Gesellschaft in der DDR. Seit

Dezember 1962 ist somit in der DDR die Dominanz der Wirtschaftspolitik parteiamtlich erklärt. Ihre Proklamation lautet: Der Markt ist das Kriterium des Plans!

Nun wird in einem unglaublich schnellen Tempo die Formulierung dessen vorgenommen, was man das *Neue ökonomische System der Planung und Leitung* – NÖSPL – genannt hat. Die DDR wird der erste Staat im kommunistischen Herrschaftsbereich, der eine Wirtschaftsreform avisiert. (In der ČSSR beginnt die Wirtschaftsreform 1965, in der UdSSR 1966, in Ungarn 1968, in allen Fällen selbstverständlich in besonderen nationalen Formen.) Den Markt als Kriterium des Plans anzuerkennen, wird der Inhalt des Wirtschaftsreformkonzepts in der Sicht Ulbrichts, den er bis zu seiner Absetzung Anfang Mai 1971 verteidigt. (Das ist die gleiche Orientierung, die 1921 in Räterussland mit der Neuen Ökonomischen Politik – NÖP – realisiert worden ist.)

Die Geschichte nimmt einen konfliktreichen weiteren Verlauf: Der Reformversuch wird im SED-ZK-Apparat, dem eigentlichen Zentrum der DDR-Verwaltung, bereits im Frühjahr 1964 mit der Funktionärsfrage konterkariert, ob man nun „sozialistische Millionäre“ zu dulden habe, was ordentliche kommunistische Revolutionäre natürlich nicht mögen. Für die ZK-Beamten wird das ursprüngliche kommunistische Gleichheitsideal durch das Wirtschaftsreformprojekt infrage gestellt. So entwickelt sich eine Fronde innerhalb dieses Apparats unter der Führung Honeckers, – seit dem 17. Juni 1953 getreuer Adlatus des Generalsekretärs.

Ulbricht war als Person in der vorausgehenden Periode vollkommen souverän geworden. Man nannte ihn nun „den Alten“. Alle anderen waren Funktionäre hinter und unter ihm, im Durchschnitt mindestens zehn Jahre jünger als er (einen ähnlichen Altersabstand zu seinen Genossen hatte einst Lenin, der auch als „der Alte“ galt). Seine Opponenten Herrstadt, Zaisser, Schirdewan, Wollweber hatte er alle aus der Führung ausschließen können. Am 7. September 1960 starb Pieck. Im November 1960 wurde Grotewohl schwer krank und war nicht mehr regierungsfähig. Ulbrichts eigentliche Partner aus der Gründergeneration (das sind die zwischen 1870 und 1897 Geborenen), die er nicht ignorieren konnte, waren nicht mehr da.

So war er, wenn man will, der Fürst (als „erster Sekretär“ in der Tat „der Erste“, was das Wort Fürst ja meint) und konnte machen, was er wollte. Was er wollte, wollte die Partei. Dies führte allerdings auch dazu, dass er sich die Teilnahme an Politbürositzungen und vor allen Dingen an ZK-Sekretariatssitzungen sparte; letztere dominierte zunehmend Honecker. Im ZK-Apparat kam die Rede auf: Der Alte redet nur noch mit Wissenschaftlern und nicht mehr mit uns. Damit war der innere Widerstand im ZK-Apparat seit Frühjahr 1964, knapp zwei Jahre nach Reformbeginn, ganz deutlich induziert.

3. Vom Ende des ökonomischen Reformversuchs

Im Oktober 1964 verliert Ulbricht mit der Absetzung Chruschtschows seinen entscheidenden Bundesgenossen im Streit für die Reform. Breshnew, der noch im Frühjahr Chruschtschows 70. Geburtstag zelebriert hatte, reproduziert die ministerielle Produktionsleitung und verlangt von der DDR Zulieferungen für die sowjetische Wirtschaft, aber keine autonomen Operationen von DDR-Betrieben auf dem Weltmarkt, die Reformler Erich Apel avisiert hatte. Dann sickert im Parteiapparat durch, dass Apel eine braune Vergangenheit habe. Ulbricht distanziert sich schon im Frühjahr 1965 von ihm und nimmt ihn auch nicht zur Vertragsunterzeichnung in die Sowjetunion mit.

Ende November 1965 kommt Breshnew zum Abschluss eines umfassenden Wirtschaftsabkommens nach Berlin und hatte bereits ein Jahr zuvor erklärt: Wir brauchen von euch mehr Schiffe, mehr Möbel, mehr Maschinen usw. und alles zu gleichbleibenden Preisen. Dies bedeutet, dass die neue sowjetische Führung die DDR zwingt, zu einem Zulieferland zu werden, während der Wirtschaftsreformversuch Apels gerade das Ziel verfolgt, die DDR-Industrie der Konkurrenz auf dem Weltmarkt auszusetzen. Am 30. November 1965 verlässt Breshnew die DDR.

Drei Tage später sollte Apel das Wirtschaftsabkommen unterzeichnen, aber ein paar Stunden zuvor, am 3. Dezember 1965, erschießt er sich. Es war wohl eine psychologisch schwierige Situation. Apel stand – wie andere Leute in diesem Nachkriegsdeutschland auch – vor dem Problem der eigenen Vergangenheitsbewältigung. Er war während der Nazizeit bei Wernher von Braun im Raketenbau in Peenemünde beschäftigt und ist danach in die Sowjetunion gegangen oder geschickt worden; 1952 zurückgekehrt, gehörte er zu den hoffnungsvollen jüngeren Leuten. Natürlich wäre er als jemand, den man „entlarvt“ hätte, als Wirtschafts- oder als Planungschef abgesetzt worden. Vielleicht ist er dem zuvorgekommen. Genaueres kann man nicht sagen. Jedenfalls signalisiert der Selbstmord Erich Apels das frühe Ende des fast euphorischen Reformbeginns. Was noch folgt, ist ein komplizierter Abwehrkampf Ulbrichts zur Verteidigung seiner Reformabsicht.

Im Dezember 1965 findet die für das Kulturleben in der DDR üble 11. SED-ZK-Tagung statt, die eigentlich der Kritik der Ulbricht'schen Wirtschaftspolitik dienen sollte, aber dem Reformler die Möglichkeit bietet, in den Banausengesang des SED-ZK gegen die Kulturproduzenten einzustimmen und so die Einheit in der Führung noch zu erhalten.

Eine äußere Bedingung, nicht durch den Osten, sondern durch den Westen gegeben, kommt hinzu. Die Politik des „Wandels durch Annäherung“, die Egon Bahr am 15. Juni 1963 proklamierte, bedeutete für das westdeutsche politische Konzept die Kontaktaufnahme mit den osteuropäischen Ländern, mit Ausnahme der DDR. Diese sollte iso-

liert werden, um daran zu zerbrechen. Teilweise gelingen auch Schachzüge in der Verwirklichung dieser Intention. So wird am 2. Februar 1967 Rumänien als erstes osteuropäisches Land diplomatischer Partner der Bundesrepublik, ohne dass die DDR in irgendeiner Weise gefragt worden ist. Das Prinzip der wechselseitigen Blockzugehörigkeit der beiden Teile Deutschlands bei Ausschluss der jeweils entgegengesetzten Seite war ja bereits 1955 durch die Sowjetunion durchbrochen worden.⁸ Die Solidarität mit der DDR war nie sonderlich groß. Sie war aber für die Reformabsichten Ulbrichts durchaus erforderlich. So war er gezwungen, auf die Solidarität der anderen Länder mit Nachdruck und penetrant zu pochen. Das wurde im April 1967 in Karlovy Vary auf der Konferenz der Kommunistischen Parteien realisiert.

Die inneren und äußeren Bedingungen standen für die DDR-Reform zunehmend schlechter. In gewissem Sinne kann man sagen, dass das Jahr 1968 das faktische Ende der Reform für die DDR bedeutete, obwohl sich der Reformabbruch noch zwei Jahre hinzog. Denn mit dem Einsatz der Staaten des Warschauer Pakts gegen den Prager Frühling wurde auch der von Ota Šik propagierte und in der DDR intensiv rezipierte Marktsozialismus obsolet – und damit Ulbrichts Idee, den Markt als Kriterium des Plans zu verstehen. Die Tschechoslowakei hatte 1965 die Wirtschaftsreformen im Land begonnen, wesentlich vor dem Amtsantritt des Parteichefs Dubcek. Dieser fand als Folge der Ablösung Nowotnys im Januar 1968 statt. Ende April 1968 ist die neue tschechoslowakische Regierung im Amt, die den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ proklamiert. Damit stellte sich die Frage, was das wohl für ein Sozialismus. Zunächst handelte es sich ja um eine Zeitungsschreiberphrase. Was nicht alles hat in dieser Welt ein menschliches Antlitz! Am 27. Juni 1968 veröffentlicht *Literární Listy* das *Manifest der Zweitausend Worte*, formuliert von L. Vaculik, der bereits 1967 aus der KPČ ausgeschlossen worden war. Das Manifest wird in Moskau und anderenorts als Proklamation der Konterrevolution gedeutet. Schließlich wird am 6. August 1968 ein neues antizentralistisches Statut der KPČ mit dem Ziel vorgelegt, es im September auf ihrem 9. Parteitag beschließen zu lassen.

⁸ Im Selbstbewusstsein der sowjetischen Führung galt die Bundesrepublik stets als Vertretung der deutschen Nation, während in der DDR „unsere Deutschen“ oder einfach „Unsere“ wohnten, begrenzt durch die Elbe, den von der Sowjetarmee erreichten und im Interesse der Sicherung der Heimat nicht mehr aufzugebenden Strom. Während Adenauer die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen 1955 gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erwirken konnte, teilte Grotewohl Paulus mit, dass es sich um Kriegsverbrecher handele, für die sich der Marschall brieflich beim DDR-Ministerpräsidenten eingesetzt hatte, Grotewohl aber nicht einsetzen wollte – sicher aus Respekt vor der sowjetischen Führung. Vom kommunistischen Internationalismus in der Version Lenins (von der Marx’ ganz zu schweigen) war im Stalinismus nichts mehr übrig geblieben, vielmehr galt der großrussische Chauvinismus als selbstverständliche Attitüde. Und die deutschen Kommunisten hatten in ihrer Führung in der DDR stets mit der Existenz einer „Moskau-Fraktion“ zu leben, die sich schon allein aus Konkurrenzgründen beständig reproduzierte.

Mit dieser Entwicklung bestand 1968 das politische Problem für die stalinistische Führungsgarde darin, dass die demokratische Republik als Auflösung des stalinistischen Erbes gesetzt wurde. Das, was 1989 als Selbstverständlichkeit in allen kommunistisch beherrschten Ländern Europas umgehend realisiert worden ist, der Übergang vom Ein- zum Mehrparteienstaat mit der gewöhnlichen allgemeinen und geheimen Wahl, ist 1968 als Möglichkeit durch den Prager Frühling von der neuen kommunistischen Führung der KPČ gesetzt worden, ob es die einzelnen Führungspersonen nun wussten oder nicht. Man bedenke, dass die sogenannten Volksdemokratien ja tatsächlich sozusagen eingefrorene Mehrparteiensysteme darstellten, eingefroren in der Zeit zwischen 1948 und 1950.

Für die Möglichkeit, zum demokratischen Mehrparteienstaat überzugehen, aber war im Jahre 1968 die Zeit nicht reif, d.h. die russische kommunistische Führung hielt die Mehrparteiendemokratie nicht für die gesellschaftlich akzeptable Form der politischen Gemeinschaft. Diese Führung, gerade mit dem gewaltigsten Seerüstungsprogramm beschäftigt, das Russland je erfahren hatte, war noch zutiefst von der militärischen Sicherung des kommunistischen Führungsanspruchs überzeugt. Und sie hielt sich angesichts ihrer militärischen Mittel für stark genug, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen. Die Panzer, die im August 1968, das ist der Höhepunkt des Jahres 1968 in Osteuropa, den Prager Frühling niederwalzten – und darin auch die alte tschechische Freundschaft mit Russland –, beendeten für die DDR die Möglichkeit, den Markt ernsthaft als Kriterium der Wirtschaftsplanung zu erwägen.

Während die kommunistischen Führungen 1989 reihenweise – bis auf Rumänien friedlich – ihren Rücktritt erklärten, weil sie nicht mehr wussten, was sie tun sollten, also konzeptionslos geworden waren, scheiterte die Wirtschaftsreform 1968 deswegen, weil ihre politische Pointe, die Mehrparteiendemokratie, in der Tschechoslowakei naiv auf die Tagesordnung gestellt worden war. Dass diese Mehrparteiendemokratie natürlich die Restauration des persönlichen Privateigentums am Produktivvermögen herbeiführen würde, war den damals beteiligten Akteuren vielleicht nicht aktuell gegenwärtig, aber selbstverständlich gesetzte Konsequenz ihres Strebens nach dem Sozialismus mit dem „menschlichen Antlitz“.

Dies führte übrigens dazu, dass der Mentor der DDR-Wirtschaftsreform, Ulbricht, selbst wieder an die Seite derjenigen trat, die von Anfang an im ZK-Apparat gegen die Reform waren. Er trat für die Intervention ein, lobte gleichwohl noch nach der Intervention im Oktober 1969 den Richta-Report aus der Tschechoslowakei, während zugleich seine getreuen Genossen auf derselben SED-ZK-Tagung wieder die Keule des Revisionismus (wie schon zwölf Jahre zuvor) gegen die Wissenschaft, gegen Jurisprudenz, Ökonomie usw. hervorholten; um attackierte Personen aus den Instituten hinauszuer-

fen und im Hinauswurf zu genießen, etwas Befriedigendes im Klassenkampf getan zu haben.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung im Westen, in Polen und in Jugoslawien war es übrigens für Ulbricht klar, dass man eine „achtundsechziger Generation“ in der DDR nur verhindern konnte, wenn man die entsprechenden Kandidaten in die Hochschulreform führte. Das war sozusagen der taktische Trick mit Folgen, die ihr Initiator gewiss nicht beabsichtigt hat. Passiert ist nämlich in der 3. Hochschulreform 1969 schließlich, dass diejenigen ersetzt wurden, die zur alten Garde der Kommunisten gehörten. Die frei werdenden Stellen füllten sich mit karrieresüchtigen Aufsteigern, durch die die Entwicklungsbedingungen der 1970er und 1980er Jahre geschaffen wurden, d. h. die Bedingungen der Stagnation, finanziert durch fleißige Kreditvergabe seitens kapitalistischer Banken.

Das Jahr 1968 ist der definitive Entscheid darüber, dass unter den gegebenen strukturellen Bedingungen der kommunistischen Herrschaft eine Wirtschaftsreform, die die Souveränität der Betriebe in der Preisbindung auf dem Weltmarkt zulässt – das war die ökonomische Kernfrage, um die es eigentlich ging – und dabei eine wirkliche Kostenkalkulation ermöglicht, unmöglich ist, weil durch sie das kommunistische Herrschaftsprinzip an sich aufgehoben würde: Die Kostenkalkulation hätte zur Feststellung unproduktiver Ausgaben geführt, d.h. zur Streichung der Gehälter von Partei-, Gewerkschafts-, FDJ-Funktionären etc.

Aus persönlicher Erfahrung möchte ich noch notieren: Für Studenten aus der Zeit der 1950er Jahre war die Erfahrung des blutigen Konflikts in Prag 1968 dramatisch. Dramatischer aber als der August 1968 war – angesichts des zweiten Einmarsches der Roten Armee in Budapest gegen den Widerstand der kommunistischen Führung Ungarns – der November 1956. Der Schrecken, den der ungarische Aufstand mit der Präsentation der Bilder aufgehängter Leichen vermittelte, induzierte zugleich die Bereitschaft, auf die grundsätzliche Diskussion der strukturellen Probleme kommunistischer Gemeinschaftsorganisation zu verzichten.⁹ Die Erfahrung von Budapest, zwölf Jahre vor 1968, hatte die Intelligenz in der DDR, soweit sie parteifromm und für den Sozialismus eingetreten war, so schockiert, dass sie entschied: Dies unter gar keinen Umständen! (Im Ruf „Keine Gewalt!“ vom Herbst 1989 klingt diese Entscheidung noch nach.)

Diejenigen in der DDR, die den Oktober und November 1956 an den Universitäten erlebten, hatten im August 1968 die Möglichkeit gesehen, dass sich die Budapester Tragödie vom November 1956 in Prag wiederholen könnte. Dagegen haben jüngere

⁹ Ulbricht zeigte im SED-Politbüro die Fotos aus Budapest, um so den Kampf gegen die Petöfi-Klubs in der DDR zu legitimieren. Die Frage, ob der Budapester Petöfi-Klub wirklich die Verantwortung für die wilden Erschießungen der AVH-Angehörigen zu tragen hätte, konnte nicht mehr gestellt werden.

Vertreter der Generation der vor 1953 Geborenen – nicht selten Kinder aus der Funktionsgruppe – den entschiedenen Protest gegen die Intervention erklärt und öffentlich artikuliert. So wurde das Jahr 1968 in der DDR faktisch zum Geburtsjahr der inneren Dissidenz. Sie hat sich dann in den 1970er und 1980er Jahren forciert entwickelt.

Zur Rolle der Nationalen Volksarmee der DDR bei der Niederschlagung des Prager Frühlings sei wegen noch immer zu hörender Falschmeldungen festgestellt:

1. Die Nationale Volksarmee der DDR war niemals die selbstständige Armee eines souveränen Staates; die Konditionen ihres Einsatzes legte ausschließlich der sowjetische Generalstab fest.

2. In der DDR waren im Vorfeld der Intervention zwei Divisionen sowjetischem Kommando unterstellt worden, eine Panzer- und eine Schützenpanzerdivision. Am 29. Juli 1968 wurde die 7. Panzerdivision der NVA der 20. Sowjetischen Garde-Division eingegliedert, klar eine Vorbereitung auf den Einmarsch. Am 20. August 1968 erhält diese eingegliederte Panzerarmee den Befehl zur Marschbereitschaft. Der nächste Akt wäre der Befehl *Marsch!* gewesen. Dieser Befehl, so wird Ulbricht am Morgen des 21. August 1968 um 8 Uhr mitgeteilt, kommt nicht. Die 7. Panzerdivision der NVA wird in die Reserve versetzt, ebenso die entsprechende Schützendivision. Nach meinem Wissen haben sich auf dem Gebiet der Tschechoslowakei am 21. August 1968 fünf Angehörige der Nationalen Volksarmee der DDR befunden, bestehend aus einer Nachrichtentruppe, die bereits vor dem Einmarsch da war und vom Einmarsch gar nichts wissen konnte.¹⁰

Der Abbruch der Wirtschaftsreform führte schließlich und endlich 1970 zu dem SED-Politbüro-Mehrheitsbrief an Breshnew, in dem die Absetzung Ulbrichts gefordert wird. Mit Breshnews Hilfe wurde Ulbricht am 3. Mai 1971 abgelöst und durch Honecker ersetzt. Damit wurde der ökonomische Reformversuch kommunistischer Intention in der DDR endgültig aufgegeben. Der deutsche Kommunismus unter Führung Honeckers lebte in der Folgezeit insbesondere seit 1972 auch von Krediten aus kapitalistischen Mehrwerten. Dieser Führung gelang das Kunststück, mehr zur Konsumtion zur Verfügung zu stellen als in der Produktion hervorzubringen. Seit 1977 endlich musste die DDR Kredite aufnehmen, um Kredite zu tilgen. Und im Juni 1983 sprang Franz Josef Strauß ein, den seit Juni 1982 fühlbaren Kreditboykott durch den bekannten Milliardenkredit zu konterkarieren. Damit war international erklärt, dass die Bundesrepublik für die DDR bürge. So legte die Honecker-Administration Helmut Kohl den Schlüssel

¹⁰ Zur genaueren Information vgl. S. Karner/N. Tomilina/A. Tschubarjan et al. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Zwei Bände. Köln- Weimar-Wien: Böhlau 2008.

zur deutschen Einheit in die Hand, sodass er 1989 die Bedingungen neuer Kreditvergabe diktieren konnte.

Worauf beruht die Schwäche der Reformen in der DDR? Die DDR hatte 350.000 sowjetische Soldaten im Land, die Tschechoslowakei bis zum August 1968 nicht einen einzigen. In der DDR bestand unvermeidlich ein durch die Kriegereignisse zwischen 1941 und 1945 gesetztes Warten auf die Entscheidungen in Moskau. Ulbricht hat sicher die Diktatur des Proletariats mit deutsch-sächsischer Gründlichkeit zwischen 1948 und 1961 vollzogen. Aber bemerkenswert ist, dass er die Konsequenzen aus der eigenen Politik gezogen und gesagt hat, man könne das Primat der Politik nicht mehr aufrechterhalten. Insofern unterscheidet sich sein Reformansatz von dem anderer sozialistischer Staaten. Die DDR-Reform stellte das Problem der Selbstständigkeit der Betriebe so, dass sie hätten Preisbildner sein können. Das hätte, wie schon angedeutet, die Konsequenz gehabt, die Betriebe zu zwingen, ihre Kosten genau zu kalkulieren. Das hätte auch bedeutet, vom Betrieb bezahlte Parteiorgane, Gewerkschaftsleitungen etc. etc. hinauszukomplimentieren. Alle diese unproduktiven Funktionäre hätten aus anderen Quellen bezahlt werden müssen. Darin lag die Stärke und zugleich die Schwäche der Reformabsicht.

Um das zu verstehen, ist vielleicht noch nützlich zu skizzieren, wer im DDR-Staate eigentlich das Sagen hatte. Die wirkliche Regierung der DDR war das ZK-Sekretariat bzw. das Politbüro, wenn es denn funktionierte. Die zugeordneten Abteilungen des SED-ZK waren die Kommandeure der Minister in der Regierung. Am 12. Juli 1960 ordnete sich das SED-Politbüro den Ministerrat formell unter; drei Tage darauf erkannte der Ministerrat diese Unterordnung formell an. Damit war die DDR ausdrücklich ein Parteistaat geworden. Ein SED-ZK-Abteilungsleiter wurde de facto zum Chef des entsprechenden Ministers.

Zu Ulbrichts Ehre muss man sagen, dass er nach dem Ende der Fraktionskämpfe 1958 der einzige Mann in der deutschen kommunistischen, in Moskau selektierten Parteiführung gewesen ist, der wenigstens halbwegs noch verstand, was „Wirtschaft“ und „Kosten“ bedeuten. Dennoch hat er entscheidend mitgeholfen, das direktive Planwirtschaftssystem (die Kommandowirtschaft) einzuführen. Aus diesem Dilemma wollte er nach dem Mauerbau heraus, allerdings nicht um den Preis der Abschaffung der Diktatur des Proletariats. Diese war aber, wie notiert, seit dem Juli 1960 sogar formell Diktatur der Partei. Und de facto war sie in ruhigen Zeiten letztlich die Diktatur eines einzelnen Mannes (nicht weil der diktieren wollte, sondern weil seine nachgeordneten Genossen aus Erfahrung Furcht vor der Verantwortungsübernahme hatten und daher ihm alle Entscheidungsprobleme zur Lösung zuwiesen). Insofern war die schließliche Delegitimie-

rung und Absetzung Ulbrichts das Produkt seines eigenen Werks. Er konnte weder den Parteiapparat noch den von ihm selbst hervorgebrachten Nachfolger Honecker auf die Rezeption seines ökonomischen Reformkonzepts festlegen. Honecker war ökonomisch ein Dilettant. Und der von ihm realisierte Dilettantismus trat das Erbe der Entscheidung von 1968 in der DDR an, keine Reform zu wollen – daher die Stagnation und folglich den Niedergang zu betreiben. Das wurde 1989 absolviert und im August 1991 konfirmiert, als die Panzer in Moskau so rollten wie genau 23 Jahre früher im August 1968 in Prag. In Moskau aber stießen sie auf den Widerstand der russischen Nation, während sie in Prag nur den der tschechischen zu überwinden hatten.